

in unserer wirtschaftlichen Entwicklung zu werden drohten. Durch die Aufhebung von Subventionen wird der Staatshaushalt um Hunderte von Millionen Mark entlastet, die dem Wiederaufbau und der Entwicklung unserer Wirtschaft zugute kommen.

Wir haben gegenwärtig ein doppeltes Preisniveau, und zwar die Preise im staatlichen Einzelhandel, der HO, und die Preise der rationierten Waren. Im Laufe des Jahres war es bereits möglich, auf Grund der allgemeinen günstigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung die HO-Preise im Durchschnitt um 60 Prozent zu senken. Das heißt, es sind entscheidende Schritte gemacht worden zur Herausbildung eines einheitlichen Preisniveaus. Eine Voraussetzung für diese Preispolitik bei der HO war die Entlastung des Staatshaushaltes. Der Wirtschaftsausschuß ist sich darüber einig, daß für das Jahr 1950 die Aufgabe darin besteht, durch Aufhebung der Rationierung mit Ausnahme von Fleisch und Fett weitere wesentliche Maßnahmen zu ergreifen, um zu einem einheitlichen Preisniveau zu kommen. Dieses einheitliche Preisniveau wird zustande kommen durch weitere Preissenkungen bei der HO und entsprechende Preisregulierungen bei den bisher rationierten Waren, d. h. es werden für bestimmte Waren durch Wegfall der Subventionen gewisse Preis erhöhungen eintreten. Das einheitliche Preisniveau aber wird abhängig sein von dem Umfang der Produktion, der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Senkung der Selbstkosten und der Verkürzung des Handelsweges. Unsere gemeinsame Aufgabe besteht darin, durch die Erfüllung und Übererfüllung des Planes Voraussetzungen zu schaffen, daß das zukünftige einheitliche Preisniveau zu einer weiteren Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen führt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen hat der Ausschuß einige Empfehlungen oder Anregungen beschlossen, die der Regierung als Material übergeben werden sollen. Diese Anregungen, die als Material der Regierung übergeben wurden, betreffen insbesondere die Frage des Handwerks, die Fragen der Arzneimittelverteilung, die Frage der besseren Qualität bei der Produktion von Kraftwagenreifen, bei der Herstellung von Schneidewerkzeugen usw. Diese Empfehlungen wurden beschlossen und sind im Protokoll des Wirtschaftsausschusses festgelegt. Sie werden also nicht hier dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt, sondern der Regierung als Material überwiesen.

Im § 20" ist ein stilistischer Fehler abzuändern. Es ist in Ziffer 12 „§ 19“ zu ändern in „§ 20“.

Bei der Behandlung des Gesetzentwurfs, insbesondere beim § 9, wurde die Frage behandelt, ob es notwendig sei, außer der vierteljährlichen Berichterstattung der einzelnen Ministerien oder anderer Verwaltungen an die Regierung auch die Berichterstattung an die Ausschüsse der Provisorischen Volkskammer im Entwurf festzulegen. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses haben sich darüber geeinigt, daß es nicht zweckmäßig ist, Grundsätze der Verfassung, wie sie z. B. in § 21 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik festgelegt sind, in einem Gesetz nochmals besonders zu verankern. Der Vertreter der Regierung hat dazu die Erklärung abgegeben, das es selbstverständlich sei, daß die Regierung dem Wirtschaftsausschuß ebenfalls regelmäßig Bericht über den Stand der Planerfüllung geben wird. Damit wären die Rechte der Volkskammer voll gewahrt, und wir haben keinen Streit um Formulierungen in dem Gesetzentwurf.

Zum Schluß sei nochmals betont, daß alle Mitglieder des Wirtschaftsausschusses sich darüber einig sind, daß der vorgelegte Entwurf eine wertvolle, große und gute Arbeit der Regierung darstellt. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses erwarten, daß sich alle Parteien

und Massenorganisationen, daß sich das gesamte Volk an der Durchführung des Planes beteiligen. Der Wirtschaftsausschuß bittet alle Abgeordneten der Provisorischen Volkskammer, geschlossen dem Entwurf des Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan 1950 zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Dieckmann:

Das Haus hat von dem Bericht des Herrn Berichterstatters Kenntnis genommen. Soweit es sich um Veränderungen des Planes handelt, die der Abgeordnete Wessel soeben vorgetragen hat, liegen sie dem Hause in der Drucksache Nr. 36 vor. Ich darf annehmen, daß sie in Ihrer aller Hand ist.

Soweit ich den Ausführungen des Herrn Berichterstatters habe folgen können, sind über das hinaus, was hier in der Drucksache schriftlich vorliegt, folgende Änderungen vorgeschlagen worden: Auf der ersten Seite ist im 5. Absatz vor das Wort „Etappe“ einzufügen „neue“. — Ich bitte, mich zu korrigieren, wenn ich mich irre. — Das ist eine zusätzliche Änderung. Dann noch eine sprachliche Änderung: Auf Seite 2 der Drucksache Nr. 36 soll es statt „inklusive“ heißen „einschließlich“ Schrott usw. Das sind außer einigen Umstellungen die beiden Abweichungen von der Drucksache, die mir während des Berichtes aufgefallen sind. Sonstige Änderungen und Abweichungen sind mir nicht bekannt geworden. Sind solche vom Hause bemerkt worden? — Das ist nicht der Fall, so daß ich bitte, den schriftlichen Antrag des Wirtschaftsausschusses Drucksache Nr. 36 in dem eben vor mir genannten Sinne noch zu ergänzen.

Damit kommen wir zur Verabschiedung des Volkswirtschaftsplanes 1950. Wortmeldungen zur zweiten Lesung aus dem Hause liegen beim Präsidium bisher nicht vor. Meine Damen und Herren, wenn ich das feststelle, dann gestatten Sie mir dazu eine Bemerkung. Ich habe gestern an anderer Stelle schon Ausführungen hierzu gemacht, auf die ich mich beziehen darf. Vor einiger Zeit hat eine Zeitung des Westens einmal die Verhandlungen unseres Parlaments gegenübergestellt den Verhandlungen des Bonner Parlaments, und die Zeitung glaubte, für ihre mehr oder minder witzigen Ausführungen folgende Überschrift wählen zu müssen: auf der einen Seite — das war unser Parlament — die Überschrift: „Dieckmann hört keinen Widerspruch“ und auf der anderen Seite das Bonner Parlament: „Köhler hört nur Widersprüche.“ Ich glaube, wenn wir vor der Wahl stehen, keinen Widerspruch oder nur Widersprüche zu hören, dann ist es immer noch besser, wenn ein Parlament so arbeitet, daß im Plenum nicht viel Widersprüche laut werden, als daß ein Parlament nur durch Widersprüche sich bemerkbar macht.

(Sehr richtig! und Beifall)

Im übrigen ist es ein Irrtum dieses westdeutschen Blattes und vieler anderer Blätter des Westens, wenn man glaubt, daß wir — wie soll ich es sagen? — eine Jasage-Maschine oder etwas Ähnliches wären. Nein, das sind wir durchaus nicht. Es gibt sehr viele Meinungsunterschiede auch hier bei uns. Aber wir legen Wert darauf, diesen Meinungsunterschieden nicht eine größere Bedeutung beizumessen, als ihnen wirklich zukommt, und wir legen Wert darauf, nicht jede kleine Meinungsunterschiedlichkeit vor den Augen und Ohren der ganzen Welt auszupauken, sondern wir legen Wert darauf, sie an anderer, besserer Stelle auszubügeln, in den Ausschüssen des Parlaments, der Nationalen Front, des Blocks usw. Wir haben unterschiedliche neue Wege und Möglichkeiten dazu eröffnet, und ich glaube, wenn wir das tun, dann dienen wir dem Ganzen.